Sehr geehrte Damen und Herren,

Zwei Jahre in Folge ohne genehmigten Haushalt. Wir warten, schieben und flicken notdürftig. Notwendige Investitionsmaßnahmen konnten so gut wie nicht umgesetzt werden. Dieses Vorgehen führt im Ergebnis dazu, dass sich ein erheblicher Investitionsbedarf aufgestaut hat. Hinzu kommt, dass die Baukosten für die einzelnen Vorhaben seit dem Zeitpunkt der damaligen Planung um ein Vielfaches gestiegen sind. Sie sehen, es holt uns alles wieder ein, und es kommt sogar doppelt und dreifach mit noch höheren Kosten verbunden zurück. Ein "weiter so" kann und ein "weiter so" darf es nicht geben!

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht mehr daran vorbeikommen Maßnahmen zu treffen, die uns allen in vielen Bereichen wehtun werden, die aber zwingend notwendig sind, wenn wir uns wieder auf einem gesunden und ausgeglichenen Haushaltsniveau bewegen möchten. Ich hoffe, es ist allen bewusst, dass Wegducken und die Augen verschließen in unserer Situation absolut keine Option mehr darstellen. Dafür müssen ALLE an einem Strang ziehen.

Wir sind gezwungen Einsparungen vorzunehmen und stehen vor dem Problem, einerseits den Haushalt konsolidieren zu müssen sowie andererseits Investitionen auf den Weg zu bringen um die Zukunft von Hann. Münden zu sichern. Viele der Ausgaben in der kommunalen Haushaltsstruktur resultieren aus übertragenen Pflichtaufgaben, und das Einsparpotenzial ist nach wie vor begrenzt.

Hinsichtlich übertragener Auftragsangelegenheiten durch Bund und Land fehlen uns allein im Sinne der Konnexität jährlich mehrere Millionen Euro. Geld, das uns nicht erstattet wird, obwohl wir Bundesund Landesaufgaben erfüllen. Die Unterfinanzierung hat fatale Unter Zwängen Sparhaushalten Folgen. den von und Haushaltssicherung sehen sich viele Städte und Gemeinden seit Jahren dazu gezwungen, ihre Investitionen in Infrastruktur und Lebensqualität zurückzufahren. Wenn eine Übereinstimmung von Aufgabenund Finanzverantwortung durch Bund und Land hergestellt werden würde, könnte die Zukunft der Kommunen als gesichert betrachtet werden.

Im Hinblick auf die Aufgabe der Betreuung von Kindern in Kindertagestätten, die die Stadt Hann. Münden (wie alle anderen kreisangehörigen Gemeinden auch noch) aufgrund einer mit dem

Landkreis Göttingen getroffenen Vereinbarung für diesen übernommen hat, scheint diese zu hinterfragen zu sein.

Zu einer generationengerechten Kommunalpolitik gehört es nicht nur, die kommenden Generationen nicht mit einem Schuldenberg zu belasten, sondern auch, ihnen eine lebenswerte Stadt und eine funktionsfähige Infrastruktur zu hinterlassen. Deshalb fordern Städte und Gemeinden seit Jahren eine Lösung für die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Ein wesentlicher Schritt dazu wäre die Einhaltung des Konnexitätsprinzips sowie die Lösung der Altschuldenproblematik, der sich die neue Bundesregierung hoffentlich annimmt.

Denn Kommunen sind nicht bloß die kleinste Einheit des Staates, sie gestalten vielmehr das Leben für die Menschen vor Ort. Sie sind der Grundpfeiler unserer Demokratie. Das hat das Engagement und der Einsatz der Kommunen in der Pandemiebekämpfung ganz deutlich gezeigt. Aber nicht nur die Pandemie hat uns alle vor noch nicht da gewesene Herausforderungen gestellt: Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel sowie gesellschaftliche Polarisierung sind weitere Schlagworte, die unseren beruflichen und privaten Alltag prägen werden.

Wir vor Ort müssen diesen Herausforderungen entschlossen und nachhaltig begegnen, dies gelingt uns allerdings nur mit einer auskömmlichen Finanzausstattung und dem entsprechenden Personal.

Die heutige Einbringung des Haushaltsplanentwurfs erfolgt unter einer weiterhin extrem angespannten Haushaltslage der Stadt.

Und damit bin ich beim Kern der heutigen Ratssitzung, bei den Eckdaten des Haushaltsentwurfs für 2022. Der Haushaltsplan, der Ihnen vorliegt, rechnet mit Erträgen in Höhe von 44.414.000 Mio. € und plant Aufwendungen in Höhe von 49.305.900 Mio. €. Somit weist der Haushaltsplanentwurf 2022 im Ergebnishaushalt einen zu erwartenden Fehlbedarf in Höhe von 4.891.900 Mio. € aus. Entsprechend steigt die zu erwartende Ergebnisdeckungslücke auf dann 48.5 Mio. € an.

Aufgrund dieses Defizits sind wir zudem dazu verpflichtet, ein aussagekräftiges Haushaltssicherungskonzept zu erstellen.

Die finanzielle Lage der Stadt ist weiterhin dramatisch und auch die Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung lässt erwarten, dass die auflaufenden Fehlbeträge auf längere Sicht weiter zunehmen und diese am Ende des Finanzplanungszeitraums 2025 einen Gesamtergebnisfehlbedarf von rd. 54,9 Mio € ergeben werden.

Bei geplanten Investitionen in Höhe von 6.971.500 Mio. € kann die Stadt an Finanzierungsmitteln bei eigenen Finanzmitteln in Höhe von rd. 386.000 € insgesamt eine Summe von knapp 3,9 Mio. € aufbringen. Dafür ist eine Kreditaufnahme von 3.111.600 Mio. € zu veranschlagen, um die Auszahlungen für die beabsichtigten Investitionstätigkeiten zu finanzieren, bedarf es einer Nettoneuverschuldung von 1.344.800 Mio. €.

Eine Nettoneuverschuldung ist unvermeidlich, um die dringend notwendigen Maßnahmen finanzieren zu können, da gewisse Maßnahmen unabdingbar sind, um die Lebensbedingungen unserer Stadt weiterhin auf einem ansehnlichen Niveau zu halten.

Maßnahmen, wie die nicht weiter aufschiebbare Sanierung des Mehrgenerationenhauses wegen brandschutzrechtlicher Aspekte, eine neue Heizung für die Grundschule Gimte, aber insbesondere auch die vielen aufzubringenden kommunalen Eigenanteile für bewilligte Fördermaßnahmen, tragen dazu bei, dass ein Kreditbedarf in der genannten Höhe entsteht. Darüber hinaus ist zu

berücksichtigen, dass viele Projekte oder auch Ersatzbeschaffungen, die bereits in den Haushalten 2020 und 2021 veranschlagt waren, im Haushalt 2022 erneut zu planen sind, da in den vergangenen Jahren keine Haushaltsgenehmigung vorlag. Entsprechend haben sich notwendige Anschaffungen, aber auch Anschlussfinanzierungen, weiter in das Jahr 2022 verschoben, so dass es teilweise auch zur Kumulierung von Ersatzbeschaffungen im Haushaltsjahr 2022 kommt. Diese Situation hat in den Jahren 20/21 dazu geführt, dass die langfristige Verschuldung um knapp 2,0 Mio. € zurückgeführt werden konnte.

Als äußerst bedenklich muss jedoch an dieser Stelle ausgeführt werden, dass die gesamte vorgesehene Tilgungsleistung der langfristigen Kredite, zu der die Stadt Hann. Münden verpflichtet ist, nur durch die zusätzliche Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten geleistet werden kann.

Der Finanzhaushalt weist als Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Defizit von gut 2,7 Mio. € aus. Folglich können nicht nur nicht die laufenden Auszahlungen aus eigenen Einzahlungen des Haushaltsjahres beglichen werden, sondern auch die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeiten müssen durch die Inanspruchnahme von für gewöhnlich kurzfristigen Liquiditätskrediten bedient werden.

Die Situation stellt sich in den Folgejahren – vor allem im Jahr 2023 - noch bedrohlicher dar, da hier die veranschlagten Investitionen dazu führen, dass es in diesen Jahren zu weiteren noch höheren Nettoneuverschuldungen kommen wird. Hintergrund hierfür ist die Veranschlagung der Tiefbaumaßnahme "Ausbau des Philosophenweges" zu Lasten der Jahre 2023 und 2024, die in ihrer Gesamtheit Kosten von über 7 Mio. € verursachen wird. Die langfristige Verschuldung der Stadt Hann. Münden steigt damit unausweichlich weiter an. Misslich ist, dass auch in diesen Jahren der Tilgungsdienst langfristigen Kredite die der nur durch Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten bedient werden kann.

Hervorheben möchte ich die trotz aller Widrigkeiten positive Entwicklung der Gewerbesteuer. In Anlehnung an die Einnahmeseite dieses Jahres sowie der Steuerschätzungen gehen wir von ca. 12 Mio. € aus – und das trotz Pandemie.

Die Planansätze des Jahres 2022 greifen die – trotz der 2020 aufgetretenen Corona-Pandemie – wider Erwarten gute Ertragssituation des bisherigen Haushaltsjahres 2021 auf.

Die von der Stadtverwaltung mehr oder weniger zu beeinflussenden Bereiche sind insbesondere die Personalaufwendungen mit rd. 14,42 Mio. € sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit rd. 6,3 Mio. €. Hinzu kommt die Kreisumlage in Höhe von 14,95 Mio. € sowie 1,1 Mio. € Gewerbesteuerumlage und natürlich die Kosten für unsere KiTas mit rd. 6 Mio. €. Allein die soeben von mir genannten fünf Positionen beanspruchen zusammen ca. 85 % der Gesamtaufwendungen des Haushalts.

Liebe Ratsmitglieder, der Haushaltsplanentwurf liegt Ihnen vor.

Wir alle sind in den nun folgenden Haushaltsberatungen gemeinsam gefordert, richtungsweisende, vor allem aber notwendige politische Entscheidungen parteiübergreifend im Sinne der Mündener Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Wir alle stehen in der Verantwortung, im Sinne der Stadt, vor allem aber im Sinne der zukünftigen Generationen zu handeln.

Grundsätzlich gibt es nur zwei Möglichkeiten bzw. eine Kombination, um die Finanzlage der Stadt zu verbessern. Einerseits dadurch die Aufwendungen zu senken und andererseits die Erträge zu erhöhen. In den Vorberichten der vergangenen Jahre ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die jährliche Deckungslücke nur

geschlossen werden kann, wenn die Stadt sich auf die gesetzliche Aufgabenerfüllung zurückzieht und sich damit von allen freiwilligen Aufgaben und Leistungen trennt. Die Folge wäre, dass ein Betrieb aller im Laufe der Jahre entstandenen und der Daseinsvorsorge dienenden Einrichtungen nicht mehr gewährleistet werden kann. Ein solch radikaler Schritt belastet aber nicht nur den lokalen Arbeitsmarkt und damit auch die gesamte Infrastruktur der Stadt, sondern erhöht zeitlich versetzt auch die Kosten der sozialen Sicherung, welche sich dann in einer erhöhten Kreisumlage widerspiegelt. Als Fazit bleibt, dass ein solcher Weg im Interesse unserer Bürger nicht beschritten werden sollte.

Unser Ziel muss es also sein, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen und ein weiteres haushaltsloses Jahr mit den dazugehörigen negativen Auswirkungen für unsere Stadt zu verhindern.

Verwaltungsseitig sind wir gefordert, an einem transparenten und praktikablen System zur Prioritätensetzung und Steuerung von Finanzmitteln und Investitionen zu arbeiten. Am Ende müssen die im Haushalt dargelegten Projekte und Investitionen immer das Ergebnis einer gemeinsam formulierten Politik sein. Zudem schlage ich eine

Rede des Bürgermeisters zur Haushaltseinbringung 2022

Es gilt das gesprochene Wort

gemeinsame Haushaltsberatung von Rat und Verwaltung vor, damit

die anstehenden Maßnahmen ausgiebig gemeinschaftlich beraten

werden können.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern im Bereich Finanzen bedanken. Insbesondere danke ich

Frau Wilhelm für ihren Einsatz bei der nicht gerade einfachen

Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs.

Vielen Dank!

**Tobias Dannenberg** 

Bürgermeister

10